

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.02.2023

Inhalt

EWN

1 Jetzt also doch Flüssiggas aus den USA <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 01.02.2023</i>	3
2 Wohin mit dem Atommüll? Noch viele Jahre Ungewissheit <i>Pforzheimer Zeitung, 01.02.2023</i>	4
3 Atomreaktor Tihange 2 endgültig abgeschaltet <i>tagesschau.de, 01.02.2023</i>	5

Jetzt also doch Flüssiggas aus den USA

Eine neue Lieferung Flüssigerdgas ist in Richtung LNG-Terminal in Lubmin unterwegs. Politisch brisant ist das Herkunftsland des Gases.

Lubmin. Jetzt also doch, wird so mancher denken, der zunächst das Aus der Nord-Stream-2-Pipeline und anschließend den rasanten Aufbau eines Flüssigerdgas-Terminals (LNG) in Lubmin mit Skepsis beobachtet hat. Jetzt also wird doch Flüssig-Erdgas aus den USA geliefert und von Lubmin aus weiter gepumpt, um die Energiesicherheit in MV und in Deutschland zu sichern. Dass ausgerechnet LNG-Gas aus den USA ankommt, dürfte Wasser auf die Mühlen all jener sein, die sich in ihrer Argumentation bestätigt sehen, dass die USA die Gaspipeline Nord Stream 2 nur deshalb politisch massiv bekämpft und mit Sanktionen gedroht hatten, weil sie selbst ihr ebenso teures wie umstrittenes Flüssigerdgas in Deutschland verkaufen wollten.

Zur Erinnerung: Unmittelbar vor der Eröffnung des LNG-Terminals in Lubmin Mitte Januar hatte Stephan Knabe von der Deutschen Regas – das private Unternehmen betreibt die Anlage in Lubmin – gesagt, dass im Rahmen langfristig abgeschlossener Lieferverträge kein Flüssigerdgas aus den USA oder Russland in MV angelandet werde. Das hätten die beiden Lieferanten zugesagt, die im Vergabeverfahren den Zuschlag für langfristige Kapazitäten erhalten haben.

Eine Aussage, die drei Wochen später bereits überholt ist. Denn die „Cool Voyager“ habe Kurs auf Lubmin genommen und bringe rund 155 000 Kubikmeter Flüssigerdgas, teilte Knabe gestern mit. Das LNG stamme aus den USA. Das Statement Mitte Januar habe sich

nur auf vorläufige Vereinbarungen für die Inbetriebnahme bezogen, erklärte Knabe. Von ursprünglich drei eingeplanten Lieferungen seien zwei storniert worden. Man befinde sich mittlerweile im Dauerbetrieb und die Lieferanten hätten somit weitgehend freie Hand.

Gas aus den USA wegen Fracking in der Kritik

„Faktisch heißt das für uns als Betreiber, dass es für die nun nachfolgenden langfristigen Lieferungen nur noch die Zusicherung gibt, dass wir kein LNG aus Russland bekommen werden. Die Entscheidung über die Lieferquelle obliegt dabei allein den Kunden des Terminals“, so Knabe.

LNG aus den USA steht wegen der Gewinnung mittels Fracking in der Kritik. Dabei wird Gas oder Öl mit Hilfe von Druck und Flüssigkeiten aus Gesteinsschichten herausgeholt, was Gefahren für die Umwelt bergen kann. Die Methode ist in Deutschland verboten.

Auf Nordkurier-Anfrage, ob die MV-Landesregierung überhaupt wisse, wo das LNG her komme, antwortete ein Sprecher: „Die Landesregierung hat keinen Einfluss darauf, woher das Gas bezogen wird. An erster Stelle steht für uns, dass die Energieversorgung gesichert ist.“ Aus dem Umfeld der Regierung heißt es aber auch, dass die Weltmärkte, auf denen Gas eingekauft werde, nicht immer frei von politischen Widersprüchen seien.

Wohin mit dem Atommüll? Noch viele Jahre Ungewissheit

Enzkreis/Pforzheim/Kreis Calw. Geologische Schichten, die grundsätzlich interessant sein könnten, um als Endlager hochradioaktiven Atommüll aufzunehmen, gibt es auch in weiten Teilen des Enzkreises und des Kreises Calw. „Kristallines Wirtsgestein“, zu dem beispielsweise Granit gehört, wird für die Region als potenzielle Lagerstätte untersucht. Andere Optionen in Deutschland sind verschiedene Steinsalzschichten oder Tongestein. Und zur Beruhigung der Region: Die Teilgebiete, die von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) durchleuchtet werden, umfassen derzeit noch rund 54 Prozent des Bundesgebiets. Und deutlich klarer wird es wohl vor dem Jahr 2027 nicht werden. Denn erst dann will die BGE ihren Vorschlag für mögliche Standortregionen vorlegen.

Derzeit sei man weiter dabei, die vielen, vielen Teilgebiete abzuklären und ihre Anzahl zu verringern, so BGE-Sprecherin Monika Hotopp: „Wir haben noch viel Arbeit am Schreibtisch vor uns.“ Denn erst mal geht es tatsächlich um eine geologische Bewertung anhand von rund einer Million Daten, die die BGE von Bund und Ländern bekommen hat. Und die Beschaffenheit unter der Erde steht in dieser Phase über allem, was auf der Oberfläche an Siedlungen da ist. Erst in einem viel späteren Schritt würden Siedlungsstrukturen, Trinkwasserschutz, Landschafts- oder Kulturdenkmäler in die Abwägung miteinbezogen. Und vor Ort könnte man Trupps der BGE nicht vor 2027 antreffen, meint Hotopp. Erst die vorgeschlagenen Standorte würden oberirdisch und ganz am Ende unterirdisch untersucht. Vom Ziel, 2031 ein Endlager vorzu-

schlagen, hat sich die BGE bereits im November verabschiedet. Ein neues Datum nennt sie offiziell nicht. Mindestens jährlich wolle man aber über wichtige Weichenstellungen informieren, so Hotopp. Als Beispiele nennt sie Erkenntnisse, sollten Gebiete aus den weiteren Untersuchungen fallen. Aber auch das Gegenteil wolle man bekanntgeben: Wenn ein Gebiet als gut geeignet erscheine. Auch das wäre aber immer noch kein endgültiger Fingerzeig in Richtung Standortregion.

Der Aufwand steht in Zusammenhang mit der Aufgabe. Wo immer die BGE die Endlager-Kriterien erfüllt sieht, müssten hochradioaktive Abfälle eine Million Jahre lagern können, ohne die Gesundheit der Umgebung zu beeinträchtigen. So etwas ist die Aufgabe der BGE, die zudem seit 2017 die bisherigen Endlager Morsleben und Konrad bei Salzgitter betreibt. In Morsleben, Sachsen-Anhalt, geht es bei dem einstigen Kali- und Salzbergwerk längst schon um die Stilllegung – schon seit 1998 wird kein Atommüll mehr dort eingelagert. Auch beim alten Salzbergwerk Asse II in Niedersachsen, als Forschungsbetrieb für ein Endlager eingerichtet, ist die Schließung das Thema. Dort müssten aber rund 126 000 Fässer Atommüll wieder geborgen und anderswo deponiert werden.

Endlagersuche braucht Zeit. Standortregionen wohl erst 2027 im Blick.

„Große Teile von Enzkreis, Pforzheim und Kreis Calw werden mituntersucht.“ - Alexander Heilemann

BELGISCHES AKW

Atomreaktor Tihange 2 endgültig abgeschaltet

In Belgien ist am Abend der umstrittenste Atomreaktor des Landes endgültig heruntergefahren. Nach 40 Jahren Laufzeit wurde Block zwei des Atomkraftwerks Tihange bei Lüttich um 22.45 Uhr abgeschaltet.

Nach 40 Jahren Laufzeit ist in Belgien der umstrittene Atomreaktor Tihange 2 nahe der deutschen Grenze endgültig vom Netz gegangen. Der Meiler wurde am Abend um 22.45 Uhr abgeschaltet, wie die belgische Nachrichtenagentur Belga unter Berufung auf den Betreiber Engie Electrabel berichtete. In dem Atomkraftwerk, das etwa 60 Kilometer von Aachen in Nordrhein-Westfalen entfernt liegt, gibt es noch zwei weitere Reaktoren. Außerdem betreibt Belgien drei weitere Reaktoren im Kernkraftwerk Doel nahe der Stadt Antwerpen.

Deutschland fordert Stilllegungen

In Deutschland gibt es seit langem Kritik an den belgischen Kraftwerken aus den 1970er und 80er Jahren. So wurden bei den Reaktoren im Nachbarland mehrfach Mängel festgestellt, etwa marode Betonteile. Die Stadt Aachen und die Bundesregierung haben deswegen in der Vergangenheit wiederholt gefordert, die AKW stillzulegen. Bereits im September war im Zuge

des geplanten Atomausstiegs in Belgien der Meiler Doel 3 vom Netz genommen worden. Die nächsten Abschaltungen sind nun für 2025 vorgesehen.

Abschaltung aller belgischen AKWs verschoben

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hatte die geplante Abschaltung von Tihange 2 in der "Rheinischen Post" begrüßt. "Die Stilllegung sorgt für deutlich mehr Sicherheit in unseren beiden Ländern", sagte die Grünen-Politikerin. Zusammen mit dem im September abgeschalteten Reaktor Doel 3 habe "das AKW jahrelang wegen Rissen in den Reaktordruckbehältern für Negativschlagzeilen gesorgt und die Bevölkerung beunruhigt".

Ursprünglich war geplant gewesen, alle belgischen Kernkraftwerke bis 2025 vom Netz zu nehmen. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und der gestiegenen Energiepreise sollen die Reaktoren Tihange 3 und Doel 4 nun jedoch bis mindestens Ende 2035 weiterlaufen, um die Energieversorgung zu sichern.